

Die Akte Jacobsen

IM „Hoffmann“ und das Ministerium für Staatssicherheit

Benno Kirsch

I. „Niemandem geschadet“?

In den ersten Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer wurde deutlich, daß das MfS sich nicht nur darauf beschränkt hatte, die eigene Bevölkerung zu bespitzeln und so ein diktatorisches Regime erhalten, Menschen eingeschüchtert, terrorisiert und ihrer Freiheit beraubt hatte, sondern auch in der Bundesrepublik aktiv gewesen war. Wer wollte, hatte das bereits vor 1989 wissen können, aber breiten Kreisen bewußt wurde dieser Umstand erst, als Namen genannt und Gesichter bekannt wurden. Die Konturen des Geheimdienstes wurden in Gestalt seiner Zuträger sichtbar. Und die Stasi, so schien es, hatte ihre Mitarbeiter überall plaziert – in Ministerien, militärischen Einrichtungen, dem Verfassungsschutz, den Kirchen, den Parteien und anderswo. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß der westliche Teil Deutschlands eine „unterwanderte Republik“ gewesen sei, wie der Titel eines Buches suggeriert.¹ In der Tat kundschaftete der östliche Geheimdienst nicht nur die Stellen aus, denen der Laie eine gewisse geheimdienstliche Relevanz unterstellt: Institutionen, in denen politische und militärische Entscheidungen getroffen und durchgeführt wurden, sondern auch andere, bei denen die Geheimdienstrelevanz nicht auf den ersten Blick oder überhaupt nicht deutlich wird.

So hatte das MfS auch an den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen seine Zuträger eingeschleust. Wie sich nach der Wende herausstellte, interessierte sich die Stasi aber nicht nur für die Erkenntnisse, die der notorisch schwachen eigenen Wirtschaft und Industrie von Nutzen sein konnten, sondern insbesondere die DDR- und Osteuropaforschung fand ihre gesteigerte Aufmerksamkeit.² Insofern konnte es 1992 niemanden wundern, daß auch an der FU Berlin mit ihren Ostforschungseinrichtungen bald Spionagevorwürfe gegen Mitarbeiter laut wurden: Am Otto-Suhr-Institut (OSI) wurde im Herbst der Dekan des Fachbereichs Politische Wissenschaften, Hanns-Dieter Jacobsen, unter dem Vorwurf der langjährigen Agententätigkeit für das MfS verhaftet, angeklagt und später zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Soweit die äußeren Umstände. Aber was hatte Jacobsen, ein Fachmann für internationale Wirtschaftsbeziehungen, verraten? Bereits Stunden nach Bekanntwerden seines Falls war man sich in seinem Umfeld einig darüber, daß er keinen Zugang zu vertraulichem Material gehabt habe und folglich auch keinen Schaden angerichtet haben konnte. Die frühe Diagnose wurde 1995 durch das Urteil des Kammergerichts Berlin bestätigt, in dem strafmildernd berücksichtigt wurde, daß Jacobsen über die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft hinaus geständig gewesen sei und er weiterhin weder „geheimes Material geliefert hat, noch daß der Bundesrepublik Deutschland ein meßbarer Schaden entstanden“ sei.³

Man ist erleichtert über den Umstand, daß offensichtlich „viel Lärm um nichts“ gemacht wurde, jedoch bleibt ein schales Gefühl zurück. Man fragt sich, ob die Tätigkeit Jacobsens als IM „Hoffmann“ für die „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) des MfS

¹ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik, Berlin 1999.

² Hubertus Knabe: Unterwanderte Wissenschaft, in: Deutschland Archiv 32(1999)6, S. 926–941, S. 926.

³ KG Berlin, Az.: 1 OJs 90/93 (12/94).

tatsächlich so harmlos war, wie allseits unterstellt. Denn muß man – bei allem pathologischen Potential eines Geheimdienstes, und insbesondere bei dem östlichen – nicht annehmen, daß man im „Mielke-Konzern“ ähnlich rational kalkulierte wie außerhalb, und zwar langfristig und über den Tag hinaus? Für das MfS muß die Zusammenarbeit mit Jacobsen sinnvoll gewesen sein, denn es sind Fälle bekannt geworden, in denen die Stasi die Zusammenarbeit mit IM mangels verwertbarer Informationen oder aus anderen Gründen einstellte – was bei Jacobsen nicht der Fall war; sie währte über zwanzig Jahre und endete erst mit dem Untergang der DDR: „Die letzte Materialübergabe erfolgte kurz vor Weihnachten 1989“, schreibt Knabe.⁴ Warum Jacobsen sich auf diesen „Pakt mit dem Teufel“ einließ, der schließlich einstweilen das Ende seiner universitären Laufbahn bedeuten sollte, weiß vermutlich nicht einmal er selbst; aber die Motive für sein Handeln sind auch eher nebensächlich. Vielleicht existierten keine, zumindest keine anderen als die jedermann bekannten menschlichen Regungen wie Naivität, Eitelkeit, Idealismus und dergleichen.⁵ Das MfS jedoch war eine Behörde, die nach den Grundsätzen einer modernen Bürokratie arbeitete, und deshalb dürfen wir vermuten, daß die Anwerbung von inoffiziellen Mitarbeitern einem Plan folgte, der den Betroffenen nicht bekannt gewesen sein dürfte.

Zu seiner Rechtfertigung und um die Irrelevanz seiner Mitarbeit zu unterstreichen, hat Jacobsen argumentiert, er habe keine Personendossiers erstellt und insofern niemandem geschadet.⁶ In der HVA selbst, der für die Spionage im „Operationsgebiet“ – der Bundesrepublik – zuständigen Abteilung mit ihrem langjährigen Chef Markus Wolf, sieht man im Nachgang die Bedeutung der West-IM und der eigenen Arbeit ähnlich: Bei der HVA habe es sich um einen „ganz normalen Nachrichtendienst“ gehandelt, der mit der Unterdrückung der DDR-Bevölkerung und der Herrschaftssicherung der SED nichts zu tun gehabt habe; es sei lediglich um „Aufklärung“ gegangen. Auch Honecker äußerte sich, als die DDR ausgehaucht hatte, recht despektierlich über seinen Geheimdienst, dessen Berichte er schon immer recht banal gefunden habe.⁷

Um die Erkenntnis, daß alle Mühen des Geheimdienstes vergeblich waren, kommt niemand herum – er existiert nicht mehr. Aber sollte man deshalb sogleich dem Befund der von der Geschichte Enttäuschten um Wolf und Honecker Glauben schenken, die sein Wirken offenkundig zu bagatellisieren versuchen? Sollte man womöglich annehmen, daß der gigantische Aufwand des MfS keinerlei Wirkungen gezeitigt hatte? Wenn man es dabei und bei der Feststellung des Kammergerichts beließe, daß Jacobsen der Bundesrepublik keinen meßbaren Schaden zugefügt habe, die Akte mithin geschlossen werden könne, dann ignorierte man jedoch, daß sich seine Tätigkeit und die der anderen inoffiziellen und offiziellen Mitarbeiter nicht im luftleeren Raum abspielt und sich nicht isoliert von der sozialen Wirklichkeit vollzogen hatte. Auf den vorliegenden Fall angewendet: Konnte sich Jacobsen wirklich dem inneren Unterdrückungsapparat des MfS entziehen, nur weil er keine Personendossiers angefertigt hatte? Ich will im folgenden fragen, ob Jacobsens Versuch der Rechtfertigung stichhaltig ist oder ob er weitere Schuld auf sich geladen hat, die strafrechtlich nicht erfaßt werden konnte. Kurzum: Was hat Jacobsen verraten, wem hat er geschadet?

⁴ Knabe: Die unterwanderte Republik, S. 409.

⁵ Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Warum wird einer IM?, in: Klaus Behnke/Jürgen Fuchs (Hg.): Zersetzung der Seele, Hamburg 1995, S. 102–129.

⁶ OSI-Zeitung Nr. 28, Februar 1996, S. 6.

⁷ Vgl. Karl Wilhelm Fricke: MfS intern, Köln 1991, S. 68.

II. Das Otto-Suhr-Institut diskutiert: Anwendungsorientierte Wissenschaft in der Kritik⁸

Geboren 1944 in „kleinen Verhältnissen“ (Selbsteinschätzung Jacobsens), legt er 1963 das Abitur ab. Nach dem Studium der Volkswirtschaft nimmt Jacobsen eine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU und als freier Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) am Berliner Dienstsitz auf. 1976 wird Jacobsen promoviert; 1984 folgt die Habilitation. Er ist Gastprofessor in den USA und wird 1988 als Professor für internationale Politik mit dem Schwerpunkt internationale Wirtschaftsbeziehungen an das OSI berufen. 1992 ist er Dekan des Fachbereichs, tritt jedoch von diesem Amt zurück, als er verhaftet wird. Als einer seiner ehemaligen Führungsoffiziere über ihn ausgesagt hat, klingeln in den frühen Morgenstunden des 21. Oktober 1992 Beamte des Bundeskriminalamtes an Jacobsens Wohnungstür. Sie durchsuchen seine Wohnung und seine Diensträume an der FU, derweil Jacobsen einen Anwalt konsultiert und mit dem Präsidenten der FU, Gerlach, und seiner Prodekanin, Schwan, telefoniert. Er wartet, und am Abend wird er abgeholt und mit dem Flugzeug nach Frankfurt gebracht. Von dort geht es weiter mit dem Auto nach Karlsruhe, wo er dem Generalbundesanwalt vorgeführt und in Untersuchungshaft genommen wird. Nach kurzer Haftzeit wird er gegen Zahlung einer Kaution freigelassen. Er meldet sich krank und kündigt seine Stelle an der FU zum Ende des Wintersemesters 1992/93. Sein Arbeitgeber geht disziplinarrechtlich nicht gegen ihn vor, und Jacobsen behält seinen Professorentitel. Kurze Zeit ist er dann Geschäftsführer einer West-Ost-Handelsfirma, dann Dozent bei einem privaten Bildungsträger in Berlin. 1995 wird Jacobsen zu einer zehnmonatigen Haftstrafe auf Bewährung und zur Zahlung von 10 000 DM verurteilt. Später startet er Versuche, wieder in den Lehrkörper des OSI aufgenommen zu werden, jedoch vergeblich. Ein Kollege damals: „Ich würde es begrüßen, wenn er sich nicht weiter bemühen würde, in irgendeiner Weise wieder am OSI tätig werden zu können.“⁹

Die Nachricht von der Verhaftung des Dekans löst unterschiedliche Reaktionen am Institut aus. Die Leitung der Universität ist bemüht, alle ihr bekannten Fakten auf den Tisch zu legen, um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, sie wolle etwas vertuschen. 39 von 44 Professoren beantragen ihre Prüfung bei der „Gauck-Behörde“, um Verdächtigungen präventiv zu begegnen. Seine Kollegen äußern sich betroffen über die Offenbarung des allseits geschätzten Jacobsen als Spion, der die Professorenschaft zu integrieren gewußt hat und dessen Lehre im Sommer 1991 bei einer Evaluation von Studenten durchweg positiv bewertet worden ist. Für Elmar Altvater ist die Nachricht „ein Schock“; in einer Stellungnahme hebt er die Konsequenzen der Spionage für die Demokratie hervor. Die verdeckten Zuträger für die westdeutschen Verfassungsschutzbehörden und für das MfS hätten „sich (und andere) moralisch korrumpiert und sich aus dem demokratischen Prozeß, aus dem ‚herrschaftsfreien Diskurs‘ einer zivilen Gesellschaft, verabschiedet.“ Allerdings hält Altvater Jacobsens MfS-Tätigkeit für nicht so verwerflich wie die anderer Helfer des SED-Regimes: „Was waren Jacobsens kleine Berichte an die HV Aufklärung [...] im Vergleich zu den großen Geschäften mit Menschen, Bananen und Antiquitäten, die Herr Schalck mit hochrangigen Politikern von Bonn bis München und Wirtschaftsbossen von Frankfurt bis Hamburg hat machen können [...]?“ Außerdem seien Probleme der Xenophobie in Deutschland im Moment

⁸ Ich stütze meine Darstellung vor allem auf die Berichterstattung in der studentischen OSI-Zeitung und vereinzelte Äußerungen an anderen Stellen.

⁹ Gerhard Huber in einem Leserbrief, OSI-Zeitung Nr. 38, Februar 1999, S. 3.

gewiß dringlicher, als sich „in der gegenwärtigen Atmosphäre des Generalverdachts“ mit der DDR-Vergangenheit zu beschäftigen. „Ich war gerade auf mehreren Konferenzen im [...] Ausland; Mutmaßungen über Jacob[sen] hat niemand angestellt, aber überall und immer wieder wurde ich besorgt nach dem neuen Rassismus in Deutschland gefragt und was wir eigentlich dagegen tun [...]“¹⁰

Einen ganz anderen Ton als Altvater, der Jacobsens Schuld „in einem größeren Zusammenhang“ gesehen haben – und damit relativieren – will, schlägt Ekkehard Krippendorff an. Auch Krippendorff hält die strafrechtliche Dimension – so bedeutsam sie auch sein möge – für durchaus belanglos. Bald nach der Verhaftung wirft er Jacobsen in einer Tageszeitung „Verrat auf akademisch“ vor;¹¹ wenig später präzisiert er in einer Wochenzeitung sein Verdikt.¹² In Krippendorffs Argumentation repräsentiert Jacobsen den Typus des affirmativen Wissenschaftlers, der sich den Regierenden anbietet, um sich in der Nähe der Macht aufhalten zu können. Wissenschaft werde von diesen Vertretern von vornherein in den Dienst der Macht gestellt und verfehle darum ihren Kern: den unbedingten Anspruch auf Öffentlichkeit, den Referenzpunkt der Aufklärung und die damit verbundene Herrschaftskritik. Krippendorff bezweifelt, daß es sich bei jenen Wissenschaftlern, die sich der halbvertraulichen Politikberatung widmen, um kluge Köpfe handele und daß von ihnen bedeutsame Ergebnisse kolportiert würden. Die „Politik-Professoren-Schickeria“ – „in der Regel vergleichsweise intellektuell eher bescheiden ausgestattete Figuren“ – genieße lediglich ihre „wichtig-tuerische Existenz an der Peripherie der Mächtigen“, und Jacobsen sei einer davon gewesen. In Jacobsens Fall offenbare sich das Elend der affirmativen Sozialwissenschaftler, die um des Linsengerichts der Nähe zur Macht ihr Berufsethos verraten hätten. Nicht zu kritisieren sei, betont Krippendorff, wenn Sozialwissenschaftler in der Politik oder Verwaltung oder als Berater ihr Auskommen suchten, im Gegenteil. Jedoch müßten diese sich entscheiden, ob sie sich weiterhin den Idealen der Aufklärung verpflichtet fühlten oder die Interessen ihrer Auftraggeber verträten. Aber beides zusammen könne man nicht haben. „Da muß man eben die Universität verlassen.“ Der Versuch, beides miteinander zu verbinden, bringe Durchschnittlichkeit, Belanglosigkeit und Langeweile hervor. Allerdings müßten sich Jacobsens Kollegen ihrer Mitschuld bewußt werden. „Den Schaden für die Politikwissenschaft, den Jacobsen ans Tageslicht gebracht hat, haben wir selbst schon länger zu verantworten und er nur in zweiter Linie. Fast sollten wir ihm dafür dankbar sein.“¹³

Die Verhaftung Jacobsens ist ein aufwühlendes Ereignis am OSI gewesen, aber weit mehr erregen die Gemüter der Professoren und der Studenten die Einlassungen Krippendorffs zum Thema. Man ist schockiert darüber, daß er einen Fallenden auch noch stößt, anstatt Mitleid mit ihm zu haben und über den peinlichen Vorfall zu schweigen. Als man sodann erkannt hat, daß ihm das persönliche Schicksal des Kollegen vergleichsweise gleichgültig ist, entspinnt sich eine Debatte über seine Argumentation. Von studentischer Seite wird der Vorwurf geäußert, Krippendorff ignoriere, daß er sich als Hochschullehrer in einer privilegierten Stellung befinde, während andere sich auf dem von ihm beschriebenen Wissenschaftsmarkt behaupten müßten. Ein Student analysiert: „Es gibt nun einmal einen Markt für ‚geheime‘ Wissenschaft. Mit nicht-öffentlicher Wissenschaft verschafft man sich Produktions- und strategische Vorteile.

¹⁰ OSI-Zeitung Nr. 10, November 1992, S. 3.

¹¹ taz Berlin, 26. Oktober 1992, S. 23.

¹² Ekkehard Krippendorff: Der Mann im Grauhelm, in: Die Zeit, 11. Dezember 1992, S. 54.

¹³ OSI-Zeitung Nr. 10, November 1992, S. 3.

Die Nachfrage nach ‚AuftragswissenschaftlerInnen‘ ist dementsprechend hoch.“ Und er fordert entsprechende Unterstützung der Studenten durch ihre Professoren in Hinblick auf die Berufseinfädung.¹⁴ Was der Markt verlangt, soll man ihm geben – so argumentiert auch Jacobsen selbst, nachdem er von Krippendorff angegriffen worden ist. Allerdings versucht er nicht, seine Zuarbeit für das MfS zu rechtfertigen – er verweist auf den zu diesem Zeitpunkt noch ausstehenden Prozeß –, sondern auf seine wissenschaftliche Tätigkeit als Politikberater bei der SWP. Warum er spioniert habe, wisse er nicht mehr so genau, vermutlich habe er gehofft, „durch meine Tätigkeit etwas verändern zu können.“ Den Landesverrat gesteht er als Fehler ein, zumal er keinesfalls „je ein überzeugter Kommunist“ gewesen sei, nicht aber, daß er zu jenen von Krippendorff attackierten Grenzgängern zwischen Wissenschaft und Politik gehörte. Für Jacobsen ergibt sich seine Beratungstätigkeit aus der – von ihm gesehenen – Notwendigkeit der Beratung. Kritische Wissenschaft, wie sie etwa Krippendorff betreibt, habe ihre Berechtigung, aber die kurzfristige Forschung, „die sich häufig eher dem Journalismus nähert“, auch. Denn, so seine rhetorische Frage, „kann sich auch universitäre politikwissenschaftliche Forschung dem gesellschaftlichen Bedarf nach Beratung, nach Expertise verweigern?“¹⁵

Jacobsons Beitrag zur Debatte ist somit recht mager ausgefallen. Mit seiner Argumentation steht er jedoch nicht allein da, denn nicht nur die Studenten am OSI dürstet es nach Praxisnähe und nach Alltagsrelevanz ihrer Arbeit. Nur so erklären sich die vollen Seminare bei denjenigen Dozenten, die etwas Handfestes anzubieten haben. Nicht erfaßt hat Jacobsen freilich den zentralen Vorwurf Krippendorffs, den der erhöhten Korruptionsanfälligkeit anwendungsorientierter, politiknaher Forschung, die ja gerade bei Jacobsen so klar wie selten zutage getreten ist. Insofern ist Krippendorffs Vorwurf an Jacobsen als Repräsentanten einer spezifischen Ausprägung der Politikwissenschaft berechtigt und diesem nichts weiter hinzuzufügen.

III. Das konspirative Werk von IM „Hoffmann“

Die Bestätigung kritischer Politikwissenschaft¹⁶ durch die Korruption der Vertreter anwendungsorientierter Forschung führt jedoch über eine gewisse Zufriedenheit über das Gefühl, gleichsam auf der richtigen Seite gestanden zu haben, nicht hinaus. Jacobsen wurde von akademischer Seite gerichtet, aber seine Schuld wiegt nicht schwerer als die seiner Kollegen, die die Beratungstätigkeit konsequent für die „richtige“ Seite durchgeführt haben und deshalb nicht mit dem Gesetz in Konflikt gekommen und damit der sozialen Verachtung preisgegeben sind. Verrat ist unter dieser Perspektive eben doch nur eine Frage des Zeitpunkts. Die Diskussion am OSI wurde ohne Kenntnis des Inhalts der Berichte geführt, weshalb nun zu klären ist, was genau Jacobsen dem MfS mitgeteilt hatte.

¹⁴ OSI-Zeitung Nr. 12, Februar 1993, S. 4.

¹⁵ Ebd., S. 3.

¹⁶ Vgl. Ladwig/Wöll: Politikwissenschaft als kritische Sozialwissenschaft, in: Bodo Greiff u. a. (Hg.): Das OSI. Studienführer für den Fachbereich Politische Wissenschaft, Berlin 1994, S. 63–75.

1. Das „System zur Informationsrecherche der HVA“

Die meisten Akten sind bei der Selbstauflösung der HVA vernichtet worden. Aus dem wenigen verbliebenen Material muß ihre Struktur und Vorgehensweise mühsam und lückenhaft rekonstruiert werden. Im Verlauf der 90er Jahre sind jedoch neue Quellen erschlossen worden, die den Suchenden nicht gänzlich im Nebel geheimdienstlicher Vergangenheit stochern lassen. Man glaubte den Datenbestand der HVA vernichtet, bis man bei Dienststellen von anderen DDR-Behörden, zum Beispiel der NVA, Datenträger mit zunächst nicht entzifferbarem Inhalt fand. Erst 1998 gelang es, den Inhalt zu erschließen und für die Forschung nutzbar zu machen. Das „System zur Informationsrecherche der HVA“ (SIRA)¹⁷ war im SED-Staat im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen geschaffen worden, als zuerst in den 70er Jahren die auf Papier angelegten Informationssammlungen auf Magnetbändern der Firma Siemens in den 80er Jahren auf Robotron-Rechner übertragen worden waren (und schließlich über die hektische Auflösung der HVA in Vergessenheit gerieten). Heute vermutet man, daß die SIRA-Datei lediglich der überlieferte Rest eines viel größeren Datenbestandes ist.

SIRA wurde von allen informationsauswertenden Mitarbeitern gespeist. Auf einem Informationsbegleitbogen (IBB) trug der entsprechende Mitarbeiter Meta-Informationen ein: über die Zuverlässigkeit der Quelle, den Vertraulichkeitsgrad, die Art der Lieferung (Blätter, Buch, ...) und den Inhalt. Allerdings wurde der IBB nicht von allen Dienststeinheiten gleichermaßen benutzt; weiterhin verschlagworteten die Mitarbeiter die Informationen nicht nach einheitlichen Kriterien und Kategorien; und die Informationen, die den eingespeisten Daten zugrunde lagen (die „Spitzelberichte“), wurden nicht mitgeliefert, die meisten sind zudem verschollen. Deshalb ist SIRA eine Datei mit eingeschränktem Quellenwert: Sie gibt lediglich die vom MfS gefilterte Sicht wieder und läßt die IM nicht selbst sprechen (was erkenntnistheoretisch bereits problematisch wäre, denn auch der IM filtert die Wirklichkeit und schafft durch seine Berichte eine neue). Auch zur Person, die die Informationen geliefert hat, führen über SIRA nur indirekte Spuren, denn die Auszüge verweisen lediglich auf Registriernummern, selten auf Decknamen und nie auf Klarnamen. Weiterhin stiftete das MfS zusätzliche Verwirrung, weil etwa die Hauptabteilung III (Funkaufklärung) alle ihre Berichte unter dem Decknamen „Friedrich“ einspeiste.¹⁸ Mehrere Informanten können also als dieselbe Quelle auftauchen, und manchmal erhielt ein IM mehrere Decknamen. Die Grenzen der SIRA-Dateien ergeben sich somit aus dem Grad der Vermitteltheit der Information (zweifache Bearbeitung) und den systemimmanenten Unzulänglichkeiten.

Es ist gleichwohl legitim, Aussagen über die Tätigkeit Jacobsens als IM „Hoffmann“ zu machen: Zum ersten hat er selbst zugegeben, daß er für die HVA gearbeitet hatte, und dafür ist er verurteilt worden. Es besteht zum zweiten die Möglichkeit, anhand der „Rosenholz“-Datei – der Abschrift der zentralen HVA-Personenkartei F16/F22 vom Jahresende 1988 – die westdeutschen IM zu identifizieren und Personen zu Decknamen und Decknamen zu Registriernummern zuzuordnen.¹⁹

¹⁷ Vgl. BStU: System zur Informationsrecherche der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS „SIRA“, Stand: 1.12.1999.

¹⁸ Jens Gieseke: Mielke-Konzern, Stuttgart/München ²2001, S. 204.

¹⁹ Ebd., S. 202f.

2. Die Bibliographie eines Geheimwissenschaftlers

Jacobsen war einer von 1 553 Westdeutschen, die konspirativ mit dem MfS zusammenarbeiteten. Was verrieten sie? Was verriet Jacobsen alias Hoffmann an den östlichen Geheimdienst? Die „Gauck-Behörde“ hat mir über den Vorgang „Hoffmann“ umfangreiches Material zur Verfügung gestellt. Zum einen handelt es sich um zwei SIRA-Ausdrucke, insgesamt 900 Blatt Papier. Der eine enthält 493 Datensätze²⁰, der andere 114 Datensätze mit „Ausgangsinformationen“²¹. Beide sind ähnlich aufgebaut, insofern sie Auskunft über das Entstehungsdatum geben, die Quelle der Information, den Decknamen des verarbeitenden MfS-Mitarbeiters, Schlagwörter und den Titel der Information; die Quelle wird stets als „zuverlässig“ eingestuft. Der früheste Eintrag datiert von 1973, der letzte von 1989. Über viele mögliche Einschätzungen bleibt man im Dunkeln. Die wichtigste Information für den Leser ist der Titel des jeweiligen Auszugs. Da nicht jeder Datensatz einen Titel trägt, dürfte die im Gerichtsurteil genannte Zahl von ca. 450 Berichten „Hoffmanns“ an das MfS durch die SIRA-Ausdrucke bestätigt werden.

Die meisten Lieferungen des größeren Konvoluts tragen Titel wie „Strukturentwicklungen der internat. Energiebeziehungen und ihre Konsequenzen für die Sicherheit der Energieversorgung“ (Nr. 89) oder „Novellierung des Ausfuhrüberwachungsgesetzes der USA“ (Nr. 248). Es finden sich in diesen Titelangaben zahlreiche Hinweise darauf, daß es sich um Arbeitspapiere der SWP handelte. Des weiteren hat „Hoffmann“ Konferenzmaterialien weitergegeben (Nr. 62), Reden (Nr. 204), den „Forschungsplan 1980/81 und Tätigkeitsbericht von 1979 der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen“ (Nr. 108), eine „Einschätzung zu den Wahlen in Baden-Württemberg BRD“ (Nr. 250) oder was ein „BRD-Staatssekretär“ zu Technologietransfers äußerte (Nr. 391). Auch über die Forschungslandschaft, in der er sich bewegte, gab er dem MfS Auskunft. Von Anfang bis zum Ende seiner inoffiziellen Tätigkeit berichtete „Hoffmann“ immer wieder über „Neue Aspekte der Ostforschung an einem Institut der FU in WB“ (Nr. 15), über den „Sonderforschungsbereich Außenpolitik [des OSI] an der Freien Universität WB“ (Nr. 16), eine Lieferung „Wissenschaftszentrum Westberlin, Internationales Institut für Management“ (Nr. 18) und über die „Aufgaben des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ (Nr. 21). „Hoffmann“ reichte eine „Studie des Bundesinstituts für Oststudien zu Aspekten einer europäischen Friedensordnung“ weiter (Nr. 23), ebenso eine des „FES-Forschungsinstituts“ (Nr. 267) sowie „Übersichtsmaterial transatlant. Außen- und Sicherheitspolitik im Fachbereich Polit. Wissenschaft der FU Berlin“ (Nr. 421). Gleichermaßen gelangten über ihn „Wiss. Beiträge zum Symposium des Kennedy Inst. mit der FU/WB im Zeitraum 2.–5.7.87“ nach Ost-Berlin (Nr. 447), „Internes Material zum Personalstand u. Forschungsstand der AdW von WB“ (Nr. 471) und allgemein Informationen über „Situation und Perspektiven der DDR-Forschung an der FU Westberlin“ (Nr. 478).

Das kleinere Konvolut enthält den Rechercheausdruck aus der SIRA-Datenbank mit „Ausgangsinformationen“. Während im oben genannten Datensatz wie in einem Posteingangsbuch registriert wurde, welche Informationen dem MfS zugetragen wurden,

²⁰ BStU, SIRA TDB 12, Reg.nr. XV 232/67 IM „Hoffmann“ [760 S.].

²¹ BStU, SIRA TDB 12, Ausgangsinformationen, Reg.nr. XV 232/67 [166 S.]. Unter dieser Nummer wurde Jacobsen als IM „Hoffmann“ erfaßt, vgl. Knabe: Die unterwanderte Republik, S. 409 und S. 541.

beziehen sich die Ausgangsinformationen auf das, was die auswertenden Mitarbeiter aus den Informationen gemacht und an verschiedene Stellen weitergeleitet haben. Entsprechend enthalten die Datensätze stets einen Verteilerschlüssel. Allerdings existieren wiederum einige Datensätze ohne Titel und Empfängerangaben. Der Tendenz nach beschäftigen sich die Ausarbeitungen der Stasi-Mitarbeiter auf Basis der IM-Berichte mit Fragen internationaler Wirtschaftspolitik – „Westliche Wirtschafts- und Regierungskreise zum Vorschlag der [X] Administration zur Neufassung des USA-Exportkontrollgesetzes“ (Nr. 15) –, geben die Einschätzung von „BRD-Experten zum nuklearen Kräfteverhältnis“ wieder (Nr. 10) oder liefern „Inf. über aktuelle Aspekte der Tätigkeit der FES in der VR China“ (Nr. 47). Als Empfänger sind immer wieder Honecker, Stoph, Axen etc. verzeichnet; manchmal sind sie jedoch an bis zu 28 Empfänger adressiert.

Und schließlich habe ich von der „Gauck-Behörde“ drei Ausarbeitungen von Stasi-Bürokraten erhalten, die sich den Ausgangsinformationen zuordnen lassen. Damit ist es möglich, in drei von 114 Fällen nachzulesen, was die Stasi Honecker und anderen zur Kenntnis geben wollte, und eine bedingte Einschätzung der Informationen „Hoffmanns“ zu geben. Bedingt, weil diese Informationen und Einschätzungen in der Regel auf der Basis von Zulieferungen mehrerer Quellen verfasst wurden. Würde man nicht nur nach den Spuren „Hoffmanns“ in SIRA suchen, sondern nach denen eines anderen IM in ähnlicher Stellung, würde man unter Umständen auf dieselben Ausarbeitungen stoßen. Aber da der Quellenschutz dem MfS ein wichtiges Anliegen war, lassen sich diese Umstände nicht mehr rekonstruieren.

3. Drei Ausarbeitungen für Honecker und andere

Dem ersten Papier aus dem Jahre 1985 „Information über BRD-Einschätzung des Verhältnisses zwischen der UdSSR und der DDR vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der Beziehungen BRD – DDR“²² liegt eine Studie aus der SWP zugrunde, wobei nicht erkennbar ist, ob „Hoffmann“ selbst sie anfertigte oder seine Kollegen. Im Kern, so der MfS-Bearbeiter, gehe es der referierten Studie um eine Einschätzung des außenpolitischen Handlungsspielraumes der DDR gegenüber der UdSSR. Die Außenpolitik der DDR würde sich im Spannungsfeld von Fixiertheit auf die BRD und der Bündnisverpflichtung gegenüber der SU bewegen. Dabei würden sich jedoch keine grundsätzlichen Abweichungen zur sowjetischen Position erkennen lassen, sondern lediglich Unterschiede im Detail. Mehrheitlich und grundsätzlich wäre der DDR am Schulterschluss mit der SU gelegen, um dadurch Freiräume für eine eigenständige Westpolitik zu erhalten. Eine unklare politische Strategie Honeckers gegenüber dem Westen würde indizieren, daß er einen „Balanceakt“ zu vollbringen hätte. Seitens der UdSSR wäre eine gewisse Autonomie der DDR denkbar, weil sie fest in den RGW eingebunden wäre. „Eine wirtschaftliche Umorientierung der DDR wäre allenfalls langfristig möglich. Sie bleibe aber spekulativ, da sie nicht ohne Systemreformen zu realisieren wäre.“ Politisch wären beide Länder jedoch nicht kongruent, ihr Verhältnis nicht frei von Widersprüchen; die DDR wäre jedoch gleichsam verdammt zur Kooperation mit der UdSSR. Identisch wäre beider Interesse an der langfristigen Diversifizierung der Westkontakte der DDR, durch die die Bedeutung der BRD relativiert werden würde. Die westliche Politik müßte im eigenen Interesse anerkennen, daß die DDR fest im Bündnis mit der UdSSR verwurzelt wäre und Versuche kontraproduktiv enden

²² BStU, ZA, HVA 39 (Nr. 497/85) [6 S.].

würden, die „aus unterschiedlicher Motivation bestrebt seien, in die Beziehungen DDR – UdSSR Spannungen hineinzuzinterpretieren“. Unterstellte Spannungen innerhalb des östlichen Lagers würden die deutschlandpolitischen Möglichkeiten der DDR nicht vergrößern, sondern im Gegenteil „mit unverzichtbaren Elementen des staatlichen Selbstverständnisses der DDR kollidieren. Zudem würde die tatsächliche gegebene Position der DDR im sozialistischen Lager und insbesondere gegenüber der UdSSR überfordert.“

Die zweite Ausarbeitung – eine „Information über westliche Auffassungen zur aktuellen innenpolitischen Lage in der SFR Jugoslawien“²³ – richtet sich an einen erheblich größeren Empfängerkreis: Nicht nur Honecker, sondern auch Stoph, Axen, Krenz, Mittag, Fischer, Sieber und Krolkowski werden im entsprechenden SIRA-Datensatz namentlich aufgeführt. In dem Papier geht es um die wirtschaftspolitische Lage Jugoslawiens im Vorfeld des XIII. Parteitages des BdkJ. Man hätte Anlaß zur Sorge, referiert der MfS-Autor seine Quelle(n), weil die wirtschaftliche Lage und der Zusammenhalt des Landes gefährdet wäre. Gleichwohl bestünde keine Gefahr für den Staat, weil föderale Entscheidungsstrukturen und die vormoderne Gesellschaftsstruktur die wirtschaftliche Not mildern würden, derweil die halbfreie Presse Unmut kanalisieren könnte. Die Autorität der Partei wäre jedoch im Schwinden begriffen, und nationalistische Aufwallungen bedeuteten langfristige Gefahren für die Stabilität des Landes. Lediglich die Jugoslawische Volksarmee hätte eine integrierende Wirkung. Das Land drohe gegenwärtig nicht auseinanderzufallen, und diesen Zustand müßte der Westen erhalten, damit es „sowohl regional wie global zwischen den Blöcken“ ausgleichend wirken könnte.

Die dritte Ausarbeitung ist eine „Einschätzung zu einigen Aspekten der Entwicklung des Kräfteverhältnisses und damit zusammenhängender aktueller wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Hauptmächten“²⁴. Im Verteiler werden 27 Empfänger namentlich aufgelistet. In diesem Papier werden die Auffassungen „westlicher Politiker“, „westlicher Experten“ und „Westeuropäische[r] Fachleute und amerikanische[r] Politiker mit kritischer Distanz zur Administration“ zu Problemen des Welthandels wiedergegeben. Im Hauptteil wird die Technologiepolitik einzelner Staaten behandelt, die Dollarschwäche, Perspektiven einer gemeinsamen Zinspolitik Japans, der USA und der EG, das US-Haushaltsdefizit, die EG-Süderweiterung und vieles mehr. Einleitend verweist man darauf, wie um sozialistisch korrekt in die Thematik einzustimmen, „daß die zwischenstaatlichen, insbesondere die sicherheitspolitischen und ökonomischen Widersprüche im westlichen System, eine neue Qualität erreichen. Die Bündnisbeziehungen zwischen den imperialistischen Hauptstaaten werden mittelfristig störanfälliger.“

4. Eine geheime Botschaft?

Auf unterschiedlichen Zuarbeiten „Hoffmanns“ (und anderer) beruhen die Ausführungen der MfS-Mitarbeiter „Gustav“, „Ulli“ und „Arno“ – so die Tarnnamen laut SIRA-Auszügen. Bei der zuerst referierten Information lag dem MfS-Bearbeiter, der Einleitung zufolge, eine wissenschaftliche Studie zugrunde, die für die SWP erstellt wurde. Ob sie zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht wurde, ist mir nicht bekannt. Jacobsen zufolge wurden fast alle SWP-Studien zunächst nur an einen kleinen Empfänger-

²³ BStU, ZA, HVA 41 (Nr. 135/86) [6 S.].

²⁴ BStU, ZA, HVA 42 (Nr. 285/86) [12 S.].

kreis weitergereicht, aber später veröffentlicht.²⁵ Der oder die Verfasser der Studie analysierten die gegenwärtige politische Lage und interpretierten sie mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen an Entscheidungsträger in den Ministerien zu formulieren. „Für die Politik der BRD gegenüber der DDR sei es wichtig ...“, gibt „Gustav“ diesen Sachverhalt wieder. Es werden Vorschläge zur Interpretation des Verhaltens Honeckers gemacht und eine bestimmte Strategie nahegelegt: „Die Beziehungen BRD – DDR würden zusätzlich belastet, wenn ...“ Die westlichen Politiker sucht man zu beeinflussen, von dem wissenschaftlich fundierten Rat zu überzeugen. Die Integration der DDR in den Ostblock soll man, so die Empfehlung, nicht anzweifeln und auch nicht zu ändern suchen. Durch die Warnung vor unerwünschten Effekten wird diese Empfehlung unterstrichen.

Man ist angesichts des auf Respektierung der spezifischen Stellung der DDR im RGW und auf Fortschreibung des Status quo, also des im Sinne der DDR ausgesprochenen Rats, geneigt zu spekulieren, welches Kalkül der Autor (die Autoren) verfolgte. Sollte die westliche Politik im Sinne der DDR beeinflußt werden? Oder spielte der Autor kein doppeltes Spiel, sondern beriet nach bestem Wissen und Gewissen? Weil sich die Motive des Autors niemals prüfen lassen und weil man bei der Beschäftigung mit dem MfS allzu leicht in Verschwörungstheorien verfallen kann, soll die Unschuldsvermutung gelten: Der Autor beriet augenscheinlich auch in für die DDR vorteilhaften Untersuchungen als Mitarbeiter der SWP „seine“ Regierung ohne Falsch und Arg, auch wenn er seinen Rat letztlich dem „Gegner“ offenbarte.

Da die Zuarbeiten für das MfS inhaltlich zwar aufschlußreich sind, aber letztlich eher banal, kann „Hoffmann“ in dieser Hinsicht keine Schuld auf sich geladen haben. Sie liegt woanders: Bei den Ausarbeitungen wurde die Art der zugrundegelegten Quellen erfolgreich verschleiert. Lediglich nebulös ist von „westliche[n] Auffassungen“ bzw. von „mehrheitlicher Auffassung westlicher Politiker“ und von „vorliegende[n] Informationen“ die Rede. „Hoffmann“ und die anderen unbekanntes Zuträger müssen ihre Notizen von Konferenzen und Vorträgen zusammengefaßt und mündlich oder schriftlich weitergereicht haben. Aus dem vorliegenden Material läßt sich folgern, daß „Hoffmann“ bei allen Lieferungen gleich vorging: Er reichte entweder fertige Studien weiter oder die Vorarbeiten solcher Studien in Form von Manuskripten. Verraten hat „Hoffmann“ in diesen Fällen vor allem seine Kollegen, deren Arbeit er heimlich verwendet hat.

IV. MfS und IM – eine asymmetrische Beziehung

„Hoffmann“ lieferte, grob gerechnet, alle sechs Wochen einen Bericht, eine Teilnehmerliste und dergleichen nach Ost-Berlin. Doch wie gestaltete sich das Verhältnis aus der Sicht der anderen? Welche Erkenntnisse gibt es über die Führung von West-IM zwölf Jahre nach der Öffnung der Archive? Die folgenden Bemerkungen können wiederum nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß es sich um eine informierte Spekulation handelt. Grundsätzlich gilt der Satz Giesekes: „Wir ahnen, wie viel wir wissen könnten, wenn die Hauptverwaltung A 1990 nicht unter Duldung von Bürgerkomitees und Zentralem Runden Tisch die Gelegenheit bekommen hätte, sich selbst aufzulösen, und diese nutzte, ihre Unterlagen weitgehend zu vernichten.“²⁶ Man kann sich ledig-

²⁵ Hanns-Dieter Jacobsen: Dante und der Ost-West-Handel, in: OSI-Zeitung Nr. 12, Februar 1993, S. 3.

²⁶ Jens Gieseke: Mielke-Konzern, S. 200.

lich einige Elemente der Rekrutierung und Führung von IM im „Operationsgebiet“ vergegenwärtigen und auf diesem Umweg Jacobsens Stellung im System besser bestimmen.

1. Der Geheimdienst aus Jacobsens Perspektive

Aus der Urteilsbegründung des Kammergerichts Berlin geht hervor, daß Jacobsen sich 1968 in Ost-Berlin aufhielt und dort von zwei Männern angesprochen wurde, die sich erst später als Mitarbeiter des MfS offenbarten. Anfangs gab Jacobsen im Gespräch unbefangen alle Informationen weiter, um die er gebeten wurde. Erst im Verlauf der regelmäßigen Treffen „wurde dem Angeklagten klar, daß es sich bei seinen Gesprächspartnern um Mitarbeiter der HVA handelte.“ Sie gaben ihm ein Darlehen, als er Unterstützung benötigte, zeigten sich mitfühlend bei persönlichen Schicksalsschlägen und ließen ihn in Ost-Berlin Material für seine in Arbeit befindliche Dissertation einsehen. Im Gegenzug lieferte Jacobsen mündliche Berichte und fuhr einmal in ihrem Auftrag nach Kassel, um das Terrain für das geplante Treffen zwischen Brandt und Stoph dortselbst zu erkunden. Erst 1971 gab er eine Verpflichtungserklärung ab (die nicht erhalten ist, wenn sie schriftlich erfolgt sein sollte) und erhielt den Decknamen „Hoffmann“. Einmal, 1974, begehrte er gegen die Zusammenarbeit auf, wollte sich vom MfS lösen, doch er wurde mit unspezifischen Drohungen unter Druck gesetzt und machte weiter.

Drei Charakteristika lassen sich aus der gerafften Darstellung der Ereignisse in der Urteilsbegründung herauschälen, die weiterer Vertiefung wert sind. Das Vorgehen der Stasi folgte einem bestimmten Kalkül, allen Handlungen lag ein Plan zugrunde, der systematisch umgesetzt wurde. Am Schreibtisch entworfen, verdichtet durch vorangegangene Erfahrungen, hatte er konkrete Folgen für die nichtsahnenden Betroffenen, die zuweilen wie Schachfiguren bewegt wurden: Erstens wurde Jacobsen von Mitarbeitern des MfS angesprochen. Zweitens war er zum fraglichen Zeitpunkt Student der Volkswirtschaftswissenschaften resp. wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität. Und drittens traten die MfS-Mitarbeiter als verständnisvolle Partner auf, die auf Jacobsens Probleme eingingen.

Jacobsen bewegte sich in einem akademischen Umfeld, und er hielt sich zuweilen in Ost-Berlin auf. Diese beiden Umstände ließen ihn in das Blickfeld der Stasi geraten, die die Universitäten „als eine Art Kaderreservoir und Anlernstätte für die spätere geheimdienstliche Arbeit in einem ‚feindlichen‘ Objekt“ nutzte.²⁷ Studenten und Hochschulangehörige waren für den Mielke-Konzern „operativ interessant“ – um es in der Sprache der Stasi auszudrücken –, und man sprach sie zahlreich an, auch wenn letztlich bloß ein geringer Teil von ihnen für eine Mitarbeit zu gewinnen war. Aber man ließ sich von vielen kleinen Mißerfolgen nicht beirren, weil man annahm, daß sich die Mühe lohne: Man hegte die Hoffnung, daß Studenten nach Abschluß ihres Studiums in wichtige Positionen in der Bundesrepublik gelangen würden, von wo aus sie Informationen liefern konnten. Die Stasi dachte in großen Zeiträumen, und wie der Fall Guillaumes belegt, lag sie in ihrer Strategie des langen Atems durchaus richtig.²⁸ Und bei Studenten aus unteren gesellschaftlichen Schichten unterstellte sie zusätzlich eine für das MfS günstige geistige Disposition. Damit lag sie bei Jacobsen richtig; er fühlte,

²⁷ Knabe: Die unterwanderte Republik, S. 343.

²⁸ Vgl. Gieseke: Mielke-Konzern, S. 226.

aus kleinen Verhältnissen stammend, „Empathie für den im internationalen System unterprivilegierten ‚Underdog DDR‘“.²⁹

2. Strategien des MfS zur Werbung von IM

Ich schöpfe bei der Darstellung aus den überlieferten Dienstanweisungen des MfS, insbesondere aus der „Richtlinie 2/79 [des Ministers] für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet“ sowie dem 3. und 4. Kommentar zu dieser Richtlinie aus dem Jahr 1980.³⁰ Das MfS war eine vergleichsweise große Behörde mit insgesamt 90 000 Mitarbeitern, am 31. Oktober 1989 arbeiteten davon 4 744 im engeren Sinne für die HVA.³¹ Man hat nicht alle Dienstanweisungen, Kommentare und Richtlinien gefunden, aber die genannte nebst acht Kommentaren ist erhalten. Die Dokumente geben Aufschluß darüber, wie die Mitarbeiter im Umgang mit den IM zu verfahren hatten. Erneut sind die Dokumente mit einem gewissen Vorbehalt zu lesen, denn sie sind Theorie, und ob sie exakt so in die Praxis umgesetzt wurden, darf bezweifelt werden. Die soziale Wirklichkeit läßt sich nicht in ein Schema pressen, und manche Mitarbeiter beschönigten die gelegentlich hinter der Erwartung der Vorgesetzten zurückbleibenden Ergebnisse ihrer Arbeit. Dennoch geben die Papiere Aufschluß nicht nur über die Denkweise im MfS und in der HVA, sondern man darf unterstellen, daß sie sowohl als Norm wie als Ausdruck einer jahrelangen, nun verschrifteten Praxis zu lesen sind.³²

Gegenüber „Selbstanbiotern“ war die Stasi äußerst mißtrauisch und vermutete in ihnen höchst unzuverlässige Menschen, die lediglich an materiellen Vorteilen interessiert waren, sich bloß wichtig taten oder Doppelagenten waren.³³ Das MfS ging deshalb lieber den schwierigen Weg der Rekrutierung von zuerst unbekanntem Personen. Systematisch wurden alle IM dazu angehalten, nach geeigneten Bundesbürgern Ausschau zu halten, die man einst ansprechen könnte. Dazu bediente man sich legaler Methoden – Freunde, Verwandte und Bekannte, öffentliche Informationsquellen wurden „abgeschöpft“ – wie illegaler, etwa wenn man auf die Post- und Telefonkontrolle durch andere Abteilungen im MfS zurückgriff, um Hinweise zu „erarbeiten“. Bei allen Aktivitäten jedoch waren die Agenten zu „strenger Wahrung der Konspiration“ verpflichtet – die Ausgespähten waren zunächst ahnungslos.³⁴

Sobald man im MfS Hinweise auf Personen „mit echter operativer Perspektive [...], die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung über reale Möglichkeiten zur Lösung der operativen Aufgaben der jeweiligen Dienststelle verfügen oder sie entwickeln können“, verdichtet hatte,³⁵ ging man dazu über, diese Hinweise zu prüfen und zu ergänzen, das heißt Lebensumstände, Ansichten und Charaktereigenschaften auszuforschen und ein Persönlichkeitsbild zu entwerfen. Man wollte wissen, welcher Art die Ausbil-

²⁹ Jacobsen: Dante und der Ost-West-Handel, S. 3; vgl. Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 124f.

³⁰ Abgedruckt in Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter ...

³¹ Gieseke: Mielke-Konzern, S. 201.

³² Vgl. Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1994, S. 11f.

³³ Vgl. Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter ..., S. 121f.

³⁴ Ebd., S. 590.

³⁵ Ebd., S. 589.

dung und berufliche Tätigkeit war, wie die familiären Verhältnisse, Freizeitgestaltung, politische Ansichten und allgemein die Integration in Staat und Gesellschaft. Wiederrum konspirativ sollten deshalb sämtliche erreichbaren Datenbestände nach Hinweisen auf die genannten Umstände durchsucht, Bekannte und Kollegen befragt, Observationen durchgeführt und auch die illegalen Methoden des MfS einbezogen werden. In dieser Phase trat man bereits an das Umfeld und den Ausgespähten selbst heran, um zu weiteren Informationen zu gelangen. „Die Bearbeitung von Hinweisen auf operativ interessante Personen kann mit der operativen Nutzung bereits bestehender verwandtschaftlicher, freundschaftlicher, dienstlicher oder sonstiger natürlicher Kontakte oder mit dem Aufbau von Kontakten zu den Hinweispersonen verbunden sein. Diese Kontakte sind mit dem Ziel zu nutzen, die Aufklärung der Hinweispersonen durch Abschöpfung von Informationen zu intensivieren und ihr Interesse an der Entwicklung bzw. Festigung des Kontaktes zu wecken und zu stabilisieren.“³⁶ Denn es wurde als günstige Voraussetzung angesehen, wenn nicht erst ein IM an den Betroffenen „herangeschleust“ werden mußte, sondern wenn „natürliche Kontakte“ „operativ genutzt“, das heißt instrumentalisiert werden konnten. Wenn diese Umstände nicht gegeben waren, dann mußte ein IM unter einem Vorwand Kontakt aufnehmen und eine „stabile Beziehung“ aufbauen. Nachdem die Hinweise auf die Person erst er-, dann bearbeitet wurden, wurde die eigentliche Werbung vorbereitet, was der 3. Phase der Stasi-Handreichung entspricht. Weiterhin konspirativ versuchte man, sie zur informellen Mitarbeit zu bewegen, ohne daß die betroffene Person sich dessen bewußt würde. Der nichtsahnende IM-Kandidat sollte sukzessive an das MfS herangeführt werden, gleichsam angefixt an eine Droge. Er sollte Informationen über sich selbst offenbaren und über andere, halbvertrauliches Material beschaffen und sich zugleich in konspirativem Verhalten üben. Der Kandidat sollte also manipuliert werden, und das dem – nicht als solchen erkennbaren – auf ihn angesetzten IM entgegengebrachte Vertrauen wurde dazu verwendet, ihn in Richtung auf den „offiziellen“ Schritt zur Mitarbeit zu präparieren.

Schlußendlich sollte sich der Mitarbeiter offenbaren, wenn ein günstiger Zeitpunkt gekommen schien. Im Idealfall sollte die Dekonspiration seitens des MfS dem Kandidaten als logischer Schritt erscheinen, der sich aus den vorangegangenen Kontakten ergibt. Aber auch eine Werbung unter Druck gehörte zum Repertoire der Stasi, sofern man ausreichend kompromittierendes Material („Kompromat“) hatte sammeln können. Wenn der Kandidat in die informelle Mitarbeit einwilligte, hatte er eine mündliche oder schriftliche Verpflichtungserklärung abzugeben und erhielt den ersten offiziellen Auftrag, bei dem er sich erstmals bewähren sollte. Die Observation und Manipulation des neu gewonnenen IM wurde allerdings nicht beendet, sondern fortgeführt, denn man ging – selbst wenn der erste Auftrag zur Zufriedenheit durchgeführt wurde – davon aus, „daß bei den neugeworbenen IM das Nachdenken über ihre neue Lage und über die sich daraus ergebenden Konsequenzen mit dem Werbegespräch nicht abgeschlossen ist.“³⁷

Die nichtsahnenden IM-Kandidaten waren also bereits lange vor der Abgabe einer Verpflichtungserklärung vom MfS beobachtet und eingekreist worden. Das MfS hatte zahlreiche Informationen gesammelt und zu einem Persönlichkeitsprofil zusammengesetzt. Damit hatte es aus durchaus legal erhobenen Daten ein Machtinstrument in der Hand, das bei dem Ausgeforschten ein Gefühl der Hilflosigkeit aufkommen lassen

³⁶ Ebd., S. 595f.

³⁷ Ebd., S. 619.

konnte. Der Kandidat sah sich mit einem Gegenüber konfrontiert, das über detailliertes Wissen über die eigenen Person verfügte und im Hintergrund gleichsam die zu ziehen schien.³⁸

3. Instrumentalisierte Gefühle

Die Lektüre des Stasi-Schrifttums verwundert zunächst, zuweilen amüsiert man sich über die unbeholfene Sprache und langweilt sich bei den zahlreichen Definitionen von absonderlichen Begriffen. Und irgendwann hat man sich so in die Sprache eingelesen, daß man die Phraseologie von „der Aufdeckung und Zerschlagung der feindlichen Pläne, Absichten, Agenturen, Mittel und Methoden“³⁹ usw. nicht mehr als solche wahrnimmt. Dann fällt einem auch kaum mehr auf, daß das bürokratendeutsche Korsett inhaltlich zu füllen ist. Und inhaltlich geht es um nichts weniger als die Degradierung von Menschen zu Akten und die kalte Instrumentalisierung von Gefühlen aller Art – von Gier und Statusbewußtsein ebenso wie von Zuneigung und Vertrauen – für die Zielsetzung der Arbeit des MfS. Die Werber sollten Menschen sein, denen es leicht gelingt, gute Beziehungen zu dem Kandidaten herzustellen; dieser sollte sich verstanden fühlen, gut aufgehoben und durch die Gemeinschaft des MfS geborgen und abgesichert. Die Kontaktleute sollten Ansprechpartner für alle Probleme des täglichen Lebens sein, zu jeder Tages- und Nachtzeit erreichbar für ein Gespräch und einen guten Rat. Unter der Überschrift „Vertrauen zum Beziehungspartner“ heißt es denn auch: Dem IM „muß bewußt sein, daß sie im Beziehungspartner über ein festes Hinterland verfügen, auf das sie sich bei ehrlicher und zuverlässiger Pflichterfüllung in jeder Situation stützen und verlassen können.“⁴⁰ In den Worten eines IM in der DDR hört sich das rückblickend so an: „Der Mann [...] gefiel mir. Fast zwei Meter, dem guten Essen nicht abgeneigt. Konkrete Fragen, konkrete Antworten, das Gefühl, in Sicherheit zu sein, während der Kugelschreiber auf dem Notizblock tanzte.“⁴¹

Und so kennzeichnete das Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen IM und dem MfS eine kontinuierliche Manipulation des IM, der dieser nicht immer gewahr wurde. Denn nicht nur für den einen Akt der Werbung als IM wurden die Kandidaten ausgeforscht und Datensammlungen über sie angelegt, sondern diese wurden im weiteren Verlauf der Zusammenarbeit erneut und entsprechend der festgestellten Wandlungen der Persönlichkeit des IM eingesetzt.⁴² Das Verhältnis zwischen IM und MfS war somit höchst ungleich und ausbeuterisch. Auf Basis des geheimen Wissens über den IM entwickelte das MfS eine Strategie, die Freundschaft vortäuschte, wo keine war. Der IM wurde eingelullt und in eine Scheinwelt versetzt, die doch nur den Zielen des Apparates untergeordnet war.

V. Die Bekämpfung der DDR-Forschung

Als Jacobsen verhaftet wurde, wurde der Vorgang als ein „Problem der FU“ wahrgenommen, als die Spitze eines Eisbergs, dessen größter Teil unter der Oberfläche ver-

³⁸ Vgl. Schmidt: Gegenstrategien. Über die Möglichkeit, sich zu verweigern, in: Behnke/Fuchs (Hg.): Zersetzung der Seele, S. 158–177, hier S. 161–164.

³⁹ Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter ..., S. 633.

⁴⁰ Ebd., S. 637.

⁴¹ Müller-Enbergs: Warum wird einer IM?, S. 112.

⁴² Vgl. Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter ..., S. 661.

borgen ist. „Die FU muß mit weiteren Fällen rechnen“, meinte die OSI-Zeitung.⁴³ Diese Einschätzung entpuppte sich jedoch als voreilig, und sie wird dem „Fall Jacobsen“ nicht ganz gerecht. Gewiß, es hat ein paar IM an der FU gegeben, aber ihre Zahl ist überschaubar geblieben. Dazu kommt, daß Jacobsen zwar seit 1988 Professor am Fachbereich Politische Wissenschaft war, aber die meiste Zeit während seiner IM-Phase war er externer wissenschaftlicher Mitarbeiter der SWP gewesen. Der „Fall Jacobsen“ war also eher ein „Problem der SWP“. Und aus demselben Grund war Jacobsen ein höchst interessante Quelle für das MfS gewesen.

Als Mitarbeiter der SWP bewegte sich Jacobsen im Netz der DDR- und Ostforschung, einem Wissenschaftszweig mit langer Tradition. Doch die Ost-Forschung war während des Bestehens der DDR in zwei Lager gespalten, die in je einer Phase den wissenschaftlichen und politischen Mainstream repräsentierten. Man fragt sich allerdings, warum das MfS den von Schroeder/Stadt⁴⁴ kritisierten Wandel von der Totalitarismustheorie zum systemimmanenten Ansatz nicht begrüßte, sondern ebenso mißtrauisch behauptete wie die erklärten wissenschaftlichen Regimegegner. Es hat sich sogar herausgestellt, daß das MfS die Erfüllung seiner Aufgabe unter den Bedingungen der Entspannung als schwieriger bewertete. Man unterstellte dem Westen einen strategisch begründeten Wandel der Umgangsformen, der vom eigentlichen Ziel – Zerschlagung der DDR und Wiedervereinigung – ablenken sollte. Je unschärfer die Fronten des Kalten Krieges wurden, desto wachsamer und hungriger nach Informationen wurde das MfS. Namentlich die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975 löste verstärkte Aktivitäten gegen die westdeutsche Ostforschung und gegen die DDR-Bürgerrechtsbewegung aus. Diese hatte durch das im *Neuen Deutschland* veröffentlichte Schlußdokument ein wirksames Instrument gegen die SED in die Hand bekommen; das MfS reagierte mit subtilen Repressionsmaßnahmen, die kein Aufsehen erregten.⁴⁵

Hätte man bei den Dunkelmännern nicht etwas gelassener sein können ob der mit der DDR sympathisierenden Forscher? Um diesen eigenartigen Befund zu verstehen und um Jacobsens Rolle in der Strategie des MfS einschätzen zu können, bedarf es der Vergegenwärtigung der Ideologie des MfS. Dabei handelte es sich um ein – dem eigenen Anspruch nach – geschlossenes, wissenschaftlich begründetes System. Nach der Wende fand man im Nachlass der Stasi eine Sammlung mit Erläuterungen von Begriffen, in der das ganze Gedankengebäude in zahlreiche Artikel mit Querverweisen aufgeschlüsselt wird – das Wörterbuch der Staatssicherheit. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis des Interesses des MfS an der Ostforschung im allgemeinen und an Jacobsen im besonderen.

Einer der Schlüsselbegriffe dieser Theorie ist der der Subversion. Man unterstellte dem westlichen Imperialismus, dem Sozialismus im Osten schaden zu wollen und den Frieden zu bedrohen. Konkret gehe es darum, „konterrevolutionäre Prozesse, Ereignisse und Entwicklungen zu fördern und auszulösen sowie die materielle und ideelle Kriegsvorbereitung zu unterstützen, um so zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zu-

⁴³ OSI-Zeitung Nr. 10, November 1992, S. 1.

⁴⁴ Klaus Schroeder/Jochen Stadt: Der diskrete Charme des Status quo, in: *Leviathan* 21(1993)1, S. 24–63.

⁴⁵ Vgl. Hubertus Knabe: *West-Arbeit des MfS*, Berlin 1999, S. 93f., vgl. Erhart Neubert: *Der KSZE-Prozeß und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR*, in: Henke/Steinbach/Tuchel (Hg.): *Widerstand und Opposition in der DDR*, München 1998, S. 195–308.

gunsten des Imperialismus beizutragen.“⁴⁶ Entscheidend bei den zahlreichen Aktivitäten des Imperialismus sei, daß sie von außen (der BRD) nach innen (der DDR) angewendet würden. Nicht nur „Spionage gegen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens“ und „gewaltsame Angriffe gegen die Staatsgrenze“ gehören in diesem Verständnis zum subversiven Arsenal, sondern auch innenpolitische, endogene Prozesse innerhalb der DDR werden auf Steuerung von außen zurückgeführt. „Untergrundtätigkeit, die Aufwiegelung der Bevölkerung [...], die Versuche zur Schaffung einer ‚inneren Opposition‘, die Inszenierung von Verschwörungen“⁴⁷ usw. seien vom Imperialismus oktroyierte Phänomene, die, wie man zugibt, „verbunden [sind] mit dem Bestreben perfekter Tarnung und Verschleierung von Zielen und Hintermännern und Mitteln und Methoden.“⁴⁸

Eines der perfiden Mittel der feindlichen Subversionstätigkeit sei die „politisch-ideologische Diversion“ (PID), die gleichsam zur Bemächtigung der Seelen der Bevölkerung der DDR eingesetzt werde. PID solle langfristig wirken und habe zum Ziel die „Zersetzung des sozialistischen Bewußtseins bzw. der Störung und Verhinderung seiner Herausbildung“ ebenso wie die „Mobilisierung feindlich-negativer Kräfte in den sozialistischen Staaten“ und dergleichen mehr.⁴⁹ PID sei ein subtiler Angriff auf das sozialistische Lager, der langfristig und differenziert vorgetragen werde, und „Bewußtseinsveränderungen, Handlungsbereitschaften oder aktive Handlungen im Sinne der vom Feind verfolgten Ziele“ zur Folge habe.⁵⁰ Entsprechend dieser Analyse sah sich das MfS herausgefordert, gegen die „Zentren der politisch-ideologischen Diversion“ – Forschungseinrichtungen, Medien, Behörden, Vereine usw. – vorzugehen, die man sämtlich von der Abteilung II des Bundeskanzleramtes koordiniert und gesteuert glaubte.⁵¹ Das MfS unterschied die an der PID beteiligten Institutionen in Führungsorgane (Kanzleramt, Bundespresseamt, diverse Ministerien, die Gesellschaft für Deutschlandforschung u. a.), durchführende Organe (RIAS, DLF, Bundeszentrale für politische Bildung, Verlage, Polittouristen u. a.) und Forschungsorgane der DDR-Forschung.⁵² Und die SWP gehörte in den Augen des MfS zu dem Netz der Ostforschungseinrichtungen mit subversivem Auftrag dazu.⁵³

Alle diese öffentlichen Stellen und privaten Unternehmen und Vereine wurden identifiziert als Beteiligte am Projekt der PID – und der Subversion – und mußten folglich „bekämpft“ werden. Indem beispielsweise die Ostforscher Strategien erarbeiteten, die sie sodann den Entscheidungsträgern zur Verfügung stellten, wandten sie sich „gegen die sozialistische Staatengemeinschaft und die wachsende Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus auf die Bevölkerung der imperialistischen Staaten“, und seien somit „fest in das System der Feindtätigkeit integriert“.⁵⁴ Den Paradigmenwechsel in der

⁴⁶ Siegfried Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin ²1996, S. 342.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd., S. 343.

⁴⁹ Ebd., S. 303.

⁵⁰ Ebd., S. 304.

⁵¹ Bernward Baule: Die politische Freund-Feind-Differenz als ideologische Grundlage des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), in: Deutschland Archiv 26(1993)2, S. 170–184, hier S. 179.

⁵² Vgl. ebd., S. 180.

⁵³ Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 286. Vgl. Dokument 21 „Zielobjekte der HVA“ in: Knabe: West-Arbeit des MfS, S. 518–554.

⁵⁴ Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 284f.

Forschung nahm das MfS zwar wahr, schrieb ihr jedoch nach wie vor die Aufgabe zu, „gezielte Maßnahmen für die Organisierung und Durchführung subversiver Angriffe gegen die sozialistischen Staaten zur Realisierung des konterrevolutionären Konzepts“⁵⁵ – vorzubereiten.

Ob links, ob rechts – dem MfS war die politische Gesinnung der westlichen Forscher gleichgültig. Das wissenschaftliche Interesse überhaupt, das sie an der DDR hatten, wurde als feindliche Handlung gedeutet, deshalb gehörte auch Jacobsen zu den Feinden.⁵⁶ Von der innerhalb der DDR-Behörden üblichen Unterscheidung zwischen „Reaktionären“ und „fortschrittlichen Kräften“ darf man sich nicht täuschen lassen. Das MfS wählte sich im Klassenkampf ohne Möglichkeit zum Kompromiß, und insofern schien die Neuorientierung im Westen in den 70er Jahren bloß ein Etikettenschwindel. Mögen in den Forschungseinrichtungen die „rechte[n] Kräfte in die zweite, dritte Linie zurückgedrängt“ worden sein – auch die Vertreter des systemimmanenten Ansatzes „boten die Gewähr der Verschleierung und Durchsetzung der Ziele des ‚demokratischen Sozialismus‘ in Form der Kontaktpolitik und politisch-ideologischen Diversion gegenüber den sozialistischen Staaten.“⁵⁷ „Jene Kräfte wollen nicht auf die Strategie verzichten, in der DDR Veränderungen in ihrem Sinne herbeizuführen, jedoch wird versucht, die Taktik mehr an den objektiven Gegebenheiten zu orientieren.“⁵⁸

Die Strategie der Stasi gegenüber der DDR- und Ostforschung war gleichwohl inkonsistent, denn obwohl man auch der neuen Generation nicht traute, sah man in ihnen doch Ansprechpartner und mögliche Bundesgenossen. Unter ihnen versuchte man Mitarbeiter zu gewinnen, die die akademischen Flügelkämpfe schüren, den Forschungsbetrieb lähmen und zugleich im Sinn der DDR Einfluß auf die Politik der Bundesregierung nehmen konnten.⁵⁹

VI. Ein glimpflicher Ausgang

1. Nicht so wie die meisten anderen IM

Was hat Jacobsen verraten? Nachdem die SIRA-Dateien entschlüsselt worden sind, ist eine bedingte Auskunft auf diese Frage möglich. Bedingt, weil seine Berichte selbst nicht überliefert sind. Ein Indizienurteil muß gefällt werden. Wir wissen, daß er überwiegend Studien zu Problemen des Ost-West-Handels weitergab, die er für die SWP verfaßt hatte, und er informierte das MfS über DDR-Forschungseinrichtungen und andere Institute. Er berichtete des weiteren von Tagungen und gab Teilnehmerlisten, Forschungspläne, also „graue Literatur“ weiter. Es lassen sich aus dem Aktenmaterial keine Hinweise auf die Ausforschung von Personen ableiten; Charakterstudien oder Auskünfte über das Privatleben von Kollegen oder Studenten finden sich nicht.

Insofern hat Jacobsen niemandem persönlich geschadet. Niemand mußte durch seine IM-Tätigkeit Nachteile in Kauf nehmen. Welches Unheil er hätte anrichten können, demonstrieren zahlreiche Fälle von dekonspirierten IM aus dem Westen und aus dem

⁵⁵ Ebd., S. 285.

⁵⁶ Vgl. Knabe: *Unterwanderte Wissenschaft*, S. 928.

⁵⁷ Bernd Grohmann: *Aktivitäten und Tendenzen der Westberliner „Ost- und DDR-Forschung“ unter den Bedingungen des Übergangs der aggressiven imperialistischen Kreise zur Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik*, Diplomarbeit an der [konspirativen – B.K.] Juristischen Hochschule des MfS, Potsdam 1985, BStU, ZA, JHS 20326.

⁵⁸ Ebd., S. 21, vgl. Müller-Enbergs (Hg.): *Inoffizielle Mitarbeiter ...*, S. 605.

⁵⁹ Vgl. Knabe: *Die unterwanderte Republik*, S. 381–385.

Osten. Konspirative Tätigkeit für das MfS schadete ganz konkreten Menschen, die dem Verräter vertraut hatten, die aber vom Strafrecht nicht erfaßt werden. Es sind zahlreiche Berichte überliefert, in denen IM das Vertrauen von Arbeitskollegen, Freunden, Verwandten und Ehepartnern mißbrauchten. Ärzte berichteten über ihre Patienten, Professoren über ihre Studenten, Künstler über ihre Kollegen, politisch Aktive über ihre Weggefährten. Dadurch fügten sie ihnen materielle und immaterielle Schäden zu. Sie brachten die Bessitzelten um berufliche Chancen, um ihre Freiheit, ihre körperliche Unversehrtheit. Insofern war Jacobsen kein Spion wie die meisten anderen IM im Westen und speziell im Wissenschaftsbereich, denn üblicherweise standen im „Mittelpunkt der Ausforschung [der Forschungsinstitute] [...] konkrete Personen und deren Einstellungen und Absichten. [...] Die IMs berichteten fast immer über Personen, seltener über Sachverhalte oder Strukturen.“⁶⁰

Wie alle IM befand sich Jacobsen in einer eigenartigen Rolle. Einerseits wurde er kraft eigener Entscheidung zum Täter. Andererseits war er zum Zeitpunkt dieser Entscheidung bereits ein Opfer der Stasi. Noch bevor er sich zur Mitarbeit bereit erklären konnte, war er womöglich monatelang ausgeforscht, waren Freunde und Bekannte „abgeschöpft“ und Datensammlungen über ihn angelegt worden. Das MfS war, so darf vermutet werden, umfassend über sein Leben und seine Ansichten informiert und konnte somit aus einer Position der Stärke an ihn herantreten.⁶¹ Später wurde ihm vorgegaukelt, zu der großen Familie des MfS zu gehören, und vielleicht dachte man in der Behörde gelegentlich aufrichtig mitfühlend über ihn. Doch im Grunde blieb er ein Feind der DDR und des Sozialismus, dessen Loyalität man sich nie restlos sicher sein konnte. Wie kooperativ er gewesen sein mag – gerade diese Kooperationsbereitschaft machte ihn dem MfS suspekt, weil man darin ein verfeinertes Mittel des Kapitalismus zur PID vermutete.⁶²

Gemessen an der Zahl der Berichte und an der Stellung Jacobsens an der Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft mag er insgesamt eine wichtige Quelle für die HVA gewesen sein. Denn neben der ideologischen Aufklärung interessierte man sich ebenso für Rüstungsprojekte, Militärstrategien, Bündnispolitik, die europäische Einigung, das Verhältnis des Westens zu China, innenpolitische Entwicklungen in der BRD, den USA etc.⁶³ Über die „Zentren der PID“ konnte er ebenso berichten wie über den internationalen Handel, militärstrategische Fragen und dergleichen mehr. Die Bedeutung seiner Zuarbeit spiegelt sich auch in der Zahl seiner Berichte wider: Nach Angaben des BStU „lieferten etwa vier Fünftel der Quellen (ca. 3 500) weniger als zehn Informationen“ und zehn Quellen je über 1 000.⁶⁴ Wenn er auch nicht zu den Spitzenquellen gehörte, so lieferte er doch deutlich mehr als die meisten anderen.

2. Eine abstrakte Verbindung

Obwohl er niemanden der Stasi direkt auslieferte, kann man Jacobsens IM-Tätigkeit aber nicht als belanglos bezeichnen. Vom Bruch des Vertrauens seiner Kollegen und einem Verhalten abgesehen, wirkte sich seine Tätigkeit sowohl auf die DDR als auch auf die Bundesrepublik aus, wenngleich indirekt. Die Entspannungspolitik der 70er

⁶⁰ Knabe: Die unterwanderte Republik, S. 403f.

⁶¹ Vgl. Knabe: West-Arbeit des MfS, S. 300.

⁶² Vgl. Grohmann: Aktivitäten und Tendenzen der Westberliner „Ost- und DDR-Forschung“ ..., . 47.

⁶³ Vgl. Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter ..., S.542–552.

⁶⁴ BStU: System zur Informationsrecherche der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS „SIRA“.

Jahre stellte das MfS vor ein Sicherheitsproblem: Mit der nach Westen durchlässiger werdenden Grenze drang „subversives“ Gedankengut in die DDR ein und rüttelte am Herrschaftsanspruch der SED. Der Text der Schlußakte von Helsinki wurde im *Neuen Deutschland* veröffentlicht und dadurch kanonisiert. Die SED geriet innenpolitisch unter Druck, weil sie sich auf die Diskussion mit der Bürgerrechtsbewegung einlassen mußte, und außenpolitisch geriet sie durch die Ratifizierung unter Beobachtung. Das MfS mußte deshalb seine Repression verfeinern.⁶⁵ Eingedenk der Verschwörungstheorie der PID kann man also davon ausgehen, daß alle IM-Berichte mittelbar zur Bekämpfung von Opposition und Widerstand, Flucht und Ausreise verwendet wurden. Denn das MfS suchte bei sämtlichen der Theorie des Marxismus-Leninismus zuwiderlaufenden Phänomenen innerhalb der DDR zuerst nach den „Hintermännern“ im Ausland. Systemversagen⁶⁶ konnte in dieser Logik nur Ausdruck eines von außen gesteuerten falschen Bewußtseins sein. Deshalb nennt Siegfried Mampel das MfS zurecht eine „Ideologepolizei“.⁶⁷ Die Ideologie der PID vor dem Hintergrund der Entspannungspolitik bildet die Klammer, die Jacobsens IM-Tätigkeit mit dem Dissidenten, dem Ausreisewilligen oder dem aus einem anderen Grund zum Feind erklärten DDR-Bürger verbindet. Jacobsens Beitrag zu dieser neuen Phase der Herrschaftssicherung bestand darin, daß er mit seinen Einschätzungen der weltpolitischen Lage das Regime mit Informationen fütterte, die die Strategie des MfS mittelbar beeinflussten. Jacobsen versorgte den Apparat gemäß seinen Fähigkeiten. An welcher Stelle sein Wissen in Handlungen umgesetzt wurde, weiß man nicht. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß es sich nicht ausgewirkt hätte, bloß weil die Verbindung unklar war. Das MfS war eine Behörde, die durch die Berichte Jacobsens und anderer am Laufen gehalten wurde. Zum zweiten war auch der Westen von der Tätigkeit Jacobsens betroffen. Von der Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung abgesehen, hatte sie keine praktischen Folgen – aber nur weil die DDR hinweggefegt wurde. Ansonsten gilt wiederum, daß Jacobsens Informationen im MfS schlummerten, um im Bedarfsfall verwendet zu werden. Das MfS schmiedete Pläne für den „Tag X“, an dem es zu Kampfhandlungen in der Bundesrepublik und in West-Berlin kommen würde.⁶⁸ Um diesen Tag vorzubereiten, mußten alle Informationen willkommen sein. Zum Glück ist dieser Fall nie eingetreten, aber die Geschichte hätte auch anders verlaufen können. Man kann nun spekulieren, in welcher Weise das MfS Jacobsens Informationen verwendet hätte: SIRA-Datensatz Nr. 448 „Programm und Teilnehmerliste von der XX. DDR-Forscher-Tagung 9.–12.6.87 in Röttgen/Bonn und Vortrag zur Landlebenliteratur in der DDR“ klingt zuerst einmal bedeutungslos und nur von akademischem Interesse. Doch wer kann wissen, ob das MfS nicht eben diese Teilnehmer in eine Liste der zu internierenden Personen aufgenommen hatte? Unter der Perspektive der Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg war deshalb keine an das MfS gelieferte Information irrelevant. Die Bedeutung der Berichte Jacobsens lag also weniger im aktuellen Gebrauchswert, sondern in dem Potential, das in ihnen steckte und über das wir heute nur noch spekulieren können. Jacobsen kann von Glück reden, daß die Geschichte so und nicht anders verlaufen ist.

⁶⁵ Vgl. Ehrhart Neubert: Der KSZE-Prozeß und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, S. 295f.

⁶⁶ Vgl. Hermann Weber: DDR. Grundriß der Geschichte. 1945–1990, Hannover 1991.

⁶⁷ Siegfried Mampel: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologepolizei, Berlin 1996, S. 364.

⁶⁸ Vgl. Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front, Berlin 1999.